Rolf Schulte/Jürgen Weber
Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) in Schleswig-Holstein

Dieser Themenkomplex ist bisher nur unzureichend erforscht und dargestellt worden. Eine ausführliche Abhandlung liegt noch nicht vor. Ein Überblick über die 125jährige Geschichte der schleswig-holsteinischen Arbeiterbewegung kann aber nicht an der USPD vorbeigehen. Im folgenden sollen daher einige Schlaglichter auf die kurze historische Episode dieser Partei geworfen werden.

Die USPD war im Herbst 1920, auf dem Höhepunkt ihrer organisatorischen Entwicklung, eine Partei von fast 900 000 Mitgliedern. In vielen Bezirken hatte sie die MSPD an Stärke fast erreicht, teilweise gar überholt. In Schleswig-Holstein allerdings lag die Zahl der USPD-Mitglieder 1920 bei ca. 20 000[1] und betrug damit nur ein knappes Viertel der eingeschriebenen Mehrheitssozialdemokraten (Stand am 1. 4. 1920: 86 287)[2]. Die USDP nimmt in der deutschen Geschichte eine wichtige Rolle ein – sie ist Ausdruck, ja Symbol für die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung, gleichzeitig historischer Beleg für eine linkssozialistische Massenbewegung in Deutschland. Ihre Bedeutung für die regionale Geschichte zu untersuchen, bleibt Aufgabe der Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung.

1. Auf dem Wege zur Gründung einer USPD

Aus dem Protokollbuch der SPD Eckernförde, 21. 10. 1916:

„Die heute tagende Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins Eckernförde erkennt die Tätigkeit der Oppositionsvertreter in den Parlamenten an, und erwartet in Zukunft eine schärfere und deutlichere Hervorhebung des Klassenstandpunktes gegenüber der Kapitalistenklasse und der Regierung. Unter allen Umständen sollte versucht werden, sobald wie möglich eine internationale Verständigung herbeizuführen, damit die Proletarier aller Länder geschlossen wie früher den Kampf gegen die Kapitalisten- und Imperialistengruppe in den einzelnen Ländern wieder aufnehmen können."

Die kleine Protokollnotiz spiegelt die bis in kleine Ortsvereine reichenden heftigen Auseinandersetzungen um die Haltung der SPD zur Kriegspolitik im I. Weltkrieg wider. Die Reichstagsfraktion der SPD hatte 1914 Kredite gebilligt. Doch gegen diese vollkommene Identifizierung mit dem nationalen Staat erhob sich schnell eine innerparteiliche Opposition. 1916 traf sie sich zum ersten Mal auf Reichsebene. Nach Spaltung der Reichstagsfraktion im gleichen Jahre entbrannte ein Kampf um den Einfluß in den verschiedenen Bezirken und Ortsvereinen. In Schleswig-Holstein wurden häufig Vertreter der gegensätzlichen Linien zu einer Diskussion eingeladen, die die konträren Positionen verdeutlichen sollten. So auch in Ekkernförde in einem Ortsverein von 200 Mitgliedern. Hier votierte man mehrheitlich gegen die Kriegsziel- und „Burgfriedens"-Politik der Reichsleitung. Als weitere Stützpunkte der Opposition galten Kiel, Bordesholm, Altona, Flensburg und Schleswig.

Im Januar 1917 wurde die Opposition schließlich aus der SPD ausgeschlossen. Die Herausgedrängten gründeten darauf-

[1] Vgl. Robert F. Wheeler, USPD und Internationale. Sozialistischer Internationalismus in der Zeit der Revolution. Frankfurt a. M. 1975, S. 248

[2] Siehe: Zusammenstellung der SPD-Mitgliederzahlen bei Rainer Paetau, Konfrontation oder Kooperation. Arbeiterbewegung und bürgerliche Gesellschaft im ländlichen Schleswig-Holstein und in der Industriestadt Kiel zwischen 1900 und 1925. Neumünster 1988, S. 496

hin die USPD, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Zum Sekretär des Bezirks Wasserkante, zu dem auch Schleswig-Holstein zählte, wurde der Bremer Reichstagabgeordnete Alfred Henke gewählt; Vorsitzender des ca. 1000 Mitglieder starken Ortsverbandes Kiel[3] wurde der Metallarbeiter Max Güth.

Durch die preußischen Behörden systematisch verfolgt und immer am Rande der Zerschlagung stehend, gelang es der USPD 1917 in Schleswig-Holstein nur schwer, eine Parteiorganisation aufzubauen. Personell durch ständige Verhaftungen geschwächt, konnte die USPD 1917 in Schleswig-Holstein nur schwer Fuß zu fassen. Max Güth wurde z. B. wegen Unterstützung der „Hungerstreiks" von 1917 zu 5 Jahren Zuchthaus, andere führende Vertreter zu mehrjährigen Haftstrafen wegen Landesverrats oder strafweiser Versetzung ins Heer verurteilt.

2. Uneinheitlichkeit in der Einheit – die USPD nach 1918

Lothar Popp und Karl Artelt zählten zu den wichtigsten Vertretern der USPD in Schleswig-Holstein. In Kiel war die Stellung der SPD (jetzt MSPD, die SPD der Mehrheit) während des Krieges kaum angetastet worden. Dennoch gelang es der USPD 1918 immerhin, in den Werften über betriebliche Vertrauensleute eine solide Basis zu gründen. Zu ihnen zählte auch Karl Artelt. Lothar Popp, von Beruf Händler, war erst 1917 zur schleswig-holsteinischen USPD gestoßen. Beide USPD-Vertreter waren während der letzten Kriegsjahre wegen ihrer politischen Aktivitäten zu Gefängnisstrafen verurteilt worden. Sie spielten im November 1918 eine große Rolle im Matrosen- und Arbeiteraufstand von Kiel, der den Funken für die Revolution in Deutschland legen sollte (siehe auch Artikel November-Revolution in diesem Jahrbuch). Beide standen auch dem Kieler Soldatenrat vor. Beide aber repräsentierten auch die Uneinheitlichkeit in der USPD, die sich später in der Spaltung der Partei zeigen sollte.

Lothar Popp 1974, (links), und Karl Artelt 1917, (rechts). Ein Foto von Popp aus früherer Zeit war leider nicht auffindbar.

Während Artelt bereits 1919 zur KPD übertrat – er war allerdings in seine Heimat Thüringen zurückgekehrt, ging Popp mit dem „rechten Flügel" seiner Partei 1922 wieder zur SPD über.

Artelts Schritt blieb für die führenden USPD-Vertreter in Schleswig-Holstein eine Ausnahme. Von den acht Kandidaten

[3] Siehe: Lothar Popp – Karl Artelt: Ursprung und Entwicklung der November-Revolution 1918, in: Zur Geschichte der Kieler Arbeiterbewegung, herausgegeben von Jürgen Jensen, Kiel 1983, S. 5

der USPD für die Reichstagswahl 1919 in Schleswig-Holstein ging außer Artelt keiner zur KPD über.

3. Die Treue zur Tradition, aber kein Konzept

Bebel am Schreibtisch
Bebel-Porträt
(Kunstblatt)
Bildgröße 30 : 40 cm
Kartongröße 60 : 80 cm
mpfiehlt allen Parteigenossen
Vertrieb
für Volksliteratur
Preußerstraße 19.

Der Verkauf der Bebel-Porträts kann als symbolische Demonstration gesehen werden. August Bebel, 1913 gestorben, repräsentierte die alte, die „richtige" SPD für die Unabhängigen. Für sie galt es als Hauptaufgabe, die SPD auf den Weg zurückzuführen, den *„Marx, Engels und Lassalle bewiesen, auf den uns August Bebel, Wilhelm Liebknecht und Paul Singer jahrzehntelang ruhm- und siegreich geführt haben."*[4]

Die deutliche Festlegung auf die Rückkehr zum alten Weg zog aber nach sich, daß die USPD selten eine eigene positive Zielrichtung entwickelte und häufig nur auf politische Entscheidungen der (M)SPD reagierte.[5] Ihre ureigenste Zielsetzung war die Auflösung des „Burgfriedens" mit dem Kaiserreich und die Beendigung des Krieges gewesen, insofern war die USPD als Produkt einer vorübergehenden Kriegslage entstanden.

Die USPD war so nicht mit einer klaren sozialistischen Alternative gegenüber der (M)SPD gegründet worden, sondern lediglich ein Schutz- und Trutzbündnis der Parteioppositionellen gewesen. Diese Haltung konnte die USPD auch nach 1918 nicht überwinden. Ihre innere Uneinheitlichkeit und Zerrissenheit in mehrere Flügel hemmte nun, nachdem das erste gemeinsame Ziel, nämlich der Frieden, erreicht war, eine überzeugende Parteiarbeit nach außen. Diese Heterogenität lähmte auch die Diskussion praktischer und theoretischer Alternativen zur (M)SPD und KPD. Statt über ökonomische Entwicklungen der Nachkriegszeit, Erfahrungen der „halbierten" deutschen Revolution, Perspektiven und Konzeptionen der sozialistischen Umwandlung Deutschlands zu reflektieren und zu debattieren, standen andere Themen bei der USPD im Vordergrund. So nahm z. B. auf dem Parteitag 1919 die Diskussion über die eigene Stellung zur Sowjet-Union einen sehr großen Raum ein, obwohl genauere Kenntnisse über die russischen Entwicklungen nicht vorlagen und sich auch nicht verschafft worden waren.[6]

In einem Punkt aber bestand in der USPD eine relative Einigkeit, nämlich in der Frage des Aufbaus eines Rätesystems.

4. Rätesystem und Parlamentarismus

Die „Republik", die Zeitung der USPD für die Provinz Schleswig-Holstein, macht am 12. 9. 1919 die Titelseite auf mit diesen beiden politischen Schlagworten, die die Spannweite eines politischen Systems für die Zukunft Deutschlands nach der Revolution umschreiben. Die Debatte um Rätesystem und/oder Parlamentarismus wurde in der USPD mit großer Heftigkeit geführt. Man hatte wohl oder übel akzeptieren müssen, daß im Dezember 1918 der reichsweite Rätekongreß, der eindeutig von den Mehrheitssozialdemokraten beherrscht war, sich für Wahlen zu einer Nationalversammlung ausgesprochen hatte und sich die „oberste Instanz" des spontan in den Tagen der

[4] Mitteilungsblatt eines USPD-Wahlvereins, zitiert nach Hartfried Krause: Die USPD. Frankfurt 1975, S. 92

[5] Siehe auch: Hartfried Krause: Ebd. S. 35 f.

[6] Siehe auch: Ebd. S. 36 f.

Republik

Organ der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei für die Provinz Schleswig-Holstein.

Redaktion und Expedition: Kiel, Knooperweg 51. — Fernsprecher 4854. Anzeigen-Annahme bis abends 6 Uhr für die Ausgabe am darauffolgenden Tage. Geschäftsstunden der Expedition 8—12, 2—6 Uhr.

Verantwortlich für Politik, Volkswirtschaft und Feuilleton Joh. Kretzen, für den übrigen redaktionellen Teil Emil Theil, für Inserate Kurt Hollmann, sämtlich in Kiel. Sprechstunden der Redaktion von 11—12 Uhr vorm. Druck: Buchdruckerei Christiansen, Kiel, Knooperweg 51.

Abonnement monatlich 2 Mk. frei ins Haus. Postabonnement monatlich 2 Mk. ausschl. Bestellgeld. — Preis für Inserate: die 6gespaltene Petitzeile oder deren Raum 45 Pf. Die 3ersp. Reklamezeile am Schluß des redaktionellen Teils 4,50 Mk. Nachlaß bei Wiederholungen oder größeren Aufträgen nach Vereinbarung.

2. Jahrgang | Kiel, Freitag, den 12. September 1919 | Nr. 212

Rätesystem und Parlamentarismus.

Titelseite der „Republik", 12. 9. 1919 (siehe Text)

Revolution entstandenen Rätesystems sich selbst zum Provisorium erklärte. Der rechte Flügel der USPD um Hugo Haase, Wilhelm Dittmann und Karl Kautsky machte sich dafür stark, das parlamentarische System zu akzeptieren und so viel wie möglich an von den Räten in Angriff genommener Demokratisierung in kommunaler Verwaltung, Militär und im ökonomischen Bereich als soziales Fundament in das parlamentarisch-demokratische System miteinzubauen. Dagegen war die Nationalversammlung für den linken USPD-Flügel allenfalls politische Tribüne im Kampf um ein Rätesystem. Auf dem Parteitag in Berlin im März 1919 setzte sich diese „radikale Linie" durch. In der dort beschlossenen „Programmatischen Kundgebung der USPD" heißt es u. a.:

„In der kapitalistischen Gesellschaftsordnung sind demokratische Rechtsformen Truggebilde. Solange der politischen Befreiung nicht auch die wirtschaftliche Befreiung und Unabhängigkeit gefolgt ist, besteht keine wahre Demokratie ... Im Rätesystem hat sich die proletarische Revolution diese Kampforganisation geschaffen. Sie faßt die Arbeitermassen in den Betrieben zu revolutionärem Handeln zusammen. Sie schafft dem Proletariat das Recht der Selbstverwaltung in den Betrieben, in den Gemeinden und im Staate. Sie führt die Umwandlung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung in eine sozialistische durch."[7]

Das war aber schon keine „Tagesforderung" mehr, sondern ein „Zukunftsprogramm"

– die Wahlen zur Nationalversammlung hatten für die sozia-

[7] Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitags der USPD vom 2. bis 6. März 1919 in Berlin, Berlin o. J. (Nachdruck Glashütten im Taunus 1975) S. 3

Anzeige in der USPD-Zeitung zu den politischen Entwicklungen nach 1918, in der der Wiederaufstieg und die Machtposition konservativ-reaktionärer Kräfte in der Weimarer Republik angegriffen werden soll (aus: Die freie Welt, Illustrierte Zeitschrift der USPD, 8/1919)

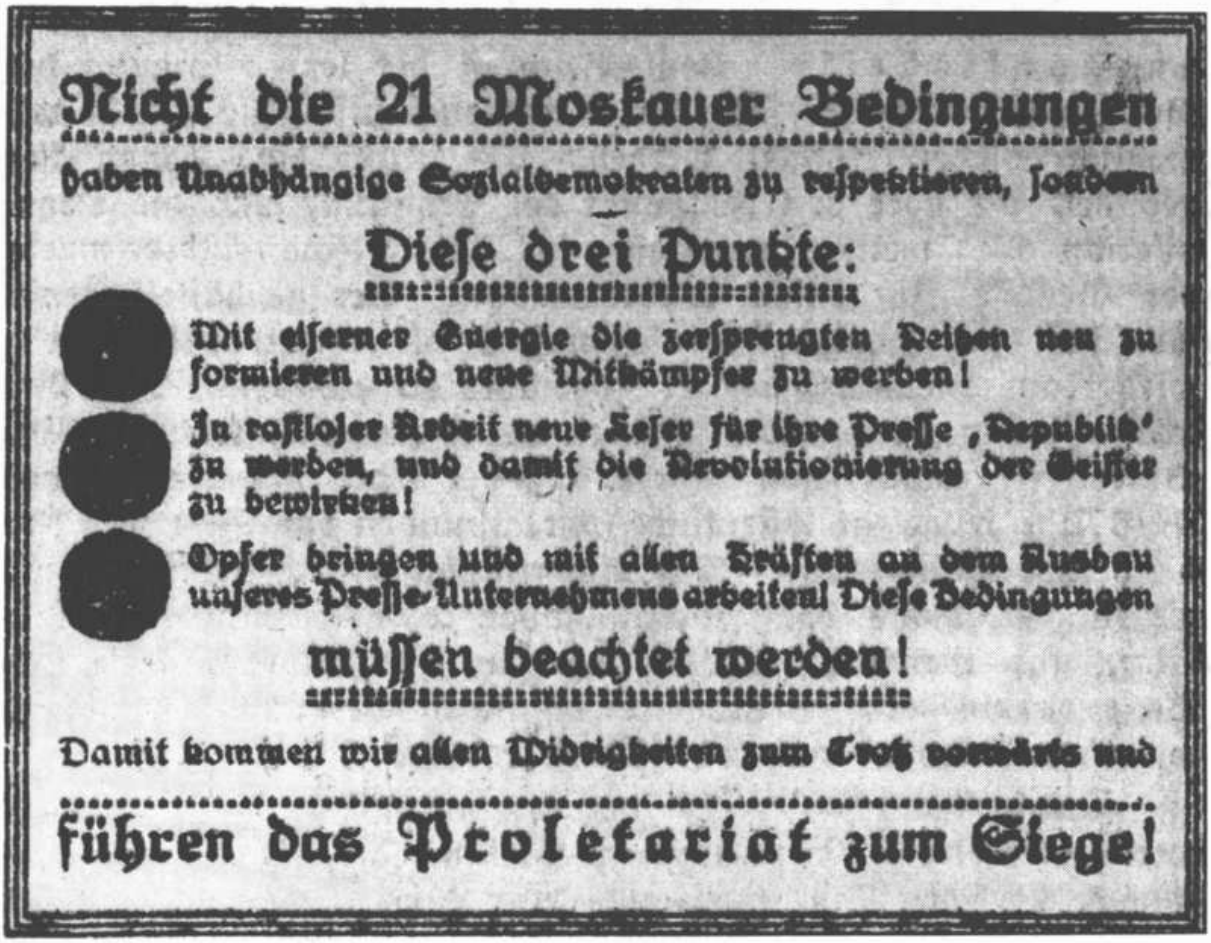
listischen Parteien keine Mehrheit gebracht (MSPD 37,9 %, USPD 7,6 %, bei der Wahl im Juni 1920 verschoben sich die Gewichte nur innerhalb der linken Parteien; SPD 21,6 %, USPD 18 %, KPD 2 %),
- die lokalen und regionalen Arbeiter- und Soldatenräte, die es seit November 1918 auch in fast allen Städten und größeren Gemeinden in Schleswig-Holstein gegeben hatte[8], existierten Mitte 1919 gar nicht mehr bzw. hatten faktisch keine Funktionen mehr, da sie über keine politischen Machtmittel verfügten,[9]
- waren die Mehrheitssozialdemokraten in eine bürgerliche Koalition eingetreten, die selbst die Mindestforderungen nach Verstaatlichung von Bergbau und Schlüsselindustrien von der Tagesordnung fegte,
- überlagerte das Problem des Internationalismus alle anderen politischen Fragen in der USPD seit dem Sommer 1919.

An eine Durchsetzung des Rätesystems war nicht mehr zu denken.

5. Lenins 21 Bedingungen und die Spaltung der USPD

Das Versagen des sozialistischen Internationalismus 1914 ff., die Politik des „Burgfriedens" der SPD-Reichstagsfraktion, war der Kernpunkt der Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung. Die Wiederherstellung einer „wirklichen" „Internationale der Tat" war eine politische Forderung der Unabhängigen Sozialdemokraten, die konstitutiver Bestandteil ihres Selbstverständnisses war. Im März 1919 war in Moskau die Kommunistische (III.) Internationale gegründet worden. Was war nun zu tun? Die II. („mehrheitssozialdemokratisch beherrschte") Internationale hatte versagt und war angesichts des Nationalis-

[8] Vgl. dazu z. B. die Beiträge von Rolf Schulte über Eckernförde, Hans-Heinz Brandt über den Landkreis Oldenburg und Robert Huhle über Sonderburg in „Demokratische Geschichte II"


Nicht die 21 Moskauer Bedingungen

haben Unabhängige Sozialdemokraten zu respektieren, sondern

Diese drei Punkte:

Mit eiserner Energie die zersprengten Reihen neu zu formieren und neue Mitkämpfer zu werben!

In rastloser Arbeit neue Leser für ihre Presse „Republik" zu werben, und damit die Revolutionierung der Geister zu bewirken!

Opfer bringen und mit allen Kräften an dem Ausbau unseres Presse-Unternehmens arbeiten! Diese Bedingungen

müssen beachtet werden!

Damit kommen wir allen Widrigkeiten zum Trotz vorwärts und

führen das Proletariat zum Siege!

Anzeige in der „Republik" vom 1. 11. 1920 zur Diskussion der „21 Bedingungen" (siehe Text)

mus in den Kriegsjahren handlungsunfähig geworden. Die neue III. Internationale nahm das Prinzip des proletarischen Internationalismus wieder auf und verstand sich als Motor der Weltrevolution. Sie war aber strikt bolschewistisch ausgerichtet. Ideologisch fand sich dort nur ein kleiner Teil der Unabhängigen wieder. Auf der Reichskonferenz der USPD im September 1919 zeichneten sich dann zwei konträre Positionen zur Internationale ab – Verhandlungen mit allen linken Kräften, um auf lange Sicht eine einheitliche Internationale wiederherzustellen (Rudolf Hilferding) oder bedingungsloser Bruch mit der II. und Anschluß an die dritte Internationale (Walter Stoecker). Die Wahl der Delegierten für den Parteitag, der am 30. 11. 1919 in Leipzig beginnen und über die Frage der internationalen Orientierung entscheiden sollte, führte zu harten und grundsätzlichen Auseinandersetzungen bis in die kleinste Parteigliederung hinein. Das gilt auch für Schleswig-Holstein. In Altona-Ottensen (die beiden Gemeinden gehörten organisatorisch zum USPD-Bezirk „Wasserkante", nicht zum Bezirk Schleswig-Holstein) setzten sich die Anhänger des Anschlusses an die Kommunistische Internationale (Komintern) durch.[9] In Kiel wurde eine Resolution beschlossen, die eine „neue Internationale" aus der III. und den revolutionären Teilen der II. forderte. Die beiden Kieler Delegierten sollten entsprechend auf dem Parteitag votieren. Von den 8 schleswig-holsteinischen Delegierten bekamen 4 ein Votum gegen und einer ein Votum

[9] Vgl. Robert F. Wheeler, a. a. O., S. 155 f.

für den Anschluß an die Komintern mit auf den Weg[10]. Schließlich wurde in Leipzig noch einmal eine Kompromißformel gefunden, die Spaltung vermieden. Man beschloß, Verhandlungen mit anderen linkssozialistischen Parteien und den Kommunisten aufzunehmen und einen sofortigen Anschluß zurückzustellen. Das Gewicht in der Partei hatte sich aber nach links verschoben. Die Akzeptanz einer Zusammenarbeit mit *„Sozialchauvinisten"* der MSPD war mehrheitlich geringer als die Wirkung der Warnung vor der Politik des *„Terrorismus"* der Bolschewiki.

Als die Komintern, vermutlich von Lenin formuliert, 21 Bedingungen für die Aufnahme in ihre Organisation festlegte, war klar, daß eine einheitliche Linie in der USPD nicht mehr möglich sein würde. Die nationalen Parteien sollten gegenüber dem Exekutivkomitee der Komintern (EKKI) weisungsgebunden sein, sie hatten zentralistisch aufgebaut zu sein, eine illegale Organisation aufzubauen. *"Zentristen"* (gemeint waren Kautsky, Hilferding und Gefolgsleute) sollten ausgeschlossen werden. In der Praxis wurde eine Verschmelzung von KPD und USPD verlangt. Der jetzt losbrechende „Kampf um die 21 Bedingungen", der in allen Organen und Gliederungen der Partei losbrach, läutete das Ende der USPD als relevante politische Kraft ein. Überall wurden in Vorbereitung des Parteitags in Halle (Oktober 1920) Urabstimmungen unter den Mitgliedern durchgeführt. In Schleswig-Holstein sprachen sich 4007 Genossinnen und Genossen (= 5 Delegierte) für die Annahme der 21 Bedingungen aus, 2789 (= 4 Delegierte) dagegen. Etwa ein Drittel aller Mitglieder hat sich an den Abstimmungen auf den Mitgliederversammlungen beteiligt[11]. In Halle stimmte die Mehrheit für den Anschluß an die Komintern und die Verschmelzung mit der KPD, die dadurch erst zu einer Massenpartei in Deutschland wurde. Die Minderheit arbeitete vorerst unter dem Etikett USPD weiter.

Festzuhalten bleibt: Die Auseinandersetzung um die Internationale wurde nicht in intellektuellen Kreisen, sondern in der gesamten Partei, einer Massenpartei mit über 800 000 Mitgliedern geführt und zwar auf dem Hintergrund großer wirtschaftlicher und sozialer Probleme als Folge des Krieges sowie schwerer innenpolitischer Kämpfe (Kapp-Putsch, Ruhrkampf u. v. m.). Die Mehrheitsverhältnisse in der gesamten USPD lassen sich auf den ersten Blick auch in Schleswig-Holstein wiederfinden. Lokale Besonderheiten müßten noch untersucht werden.

6. Die Konkursmasse – die USPD nach der Spaltung

Genaue Zahlen über den Übertritt von USPD Mitgliedern zur VKPD (Vereinigte KPD) gibt es nicht. Die Schätzungen liegen zwischen 250 000 und 350 000. Auch die Stärke der „Rest-USPD" läßt sich nur schwer ermitteln. Viele linke Sozialdemokraten waren offenbar nach der Spaltung gar nicht mehr aktiv. Die Summe der Mitglieder der Arbeiterparteien nahm bis zur Mitte der 20er Jahre stetig ab. Auch über die Verhältnisse in Schleswig-Holstein gibt es keine präzisen An-

[10] Ebd., S. 156, 328

[11] Vgl. die Übersicht über Ergebnisse der Abstimmung: Ebd.

gaben. Osterroth nennt einige Beispiele: *„In Flensburg waren von den 1400 Mitgliedern noch nicht 150 zu den Neukommunisten übergetreten, in Schleswig von 450 Mitgliedern nur 16... Eine Befragung von 4563 bisherigen USPD-Mitgliedern ergab, daß nur 929 sich für die ‚Neukommunisten' erklärten. Die ‚Republik' vom 20. 11. 1920 stellte entgegen Gerüchten fest, daß sie durch die Spaltung... nur rund 2000 Abonnenten verloren habe."*[12] Die „Republik" verblieb auf der Seite der „Rest-USPD", der *„Alt-Unabhängigen"*, wie Osterroth sie nennt. Die Auswahl der Zahlen bei Osterroth ist sicherlich auf dem Hintergrund einer erwünschten schleswig-holsteinischen sozialdemokratischen Traditionslinie zu sehen. Fest steht, daß mit Max Güth und Wilhelm Schweizer zwei „prominente" Politiker zu Vorsitzenden der USPD im Lande auf dem Bezirksparteitag am 27. 10. 1920 gewählt wurden (die Anhänger des Anschlusses an die KPD hatten drei Tage zuvor ihre Bezirkskonferenz in Neumünster abgehalten – die Spaltung war auch in Schleswig-Holstein damit vollzogen).

Ein Indiz für die Analyse des Kräfteverhältnisses von USPD und VKPD sind die Ergebnisse der Reichstagswahl vom Februar 1921[13]. Deutlich stärker als die KPD war die USPD im Kreis Flensburg (2,4 % : 0,7 %), im Kreis Schleswig (5,5 % : 0,6 %), Kr. Eckernförde (16,3 % : 6,7 %), Kr. Eiderstedt (8,7 % : 5,4 %), Kr. Husum (3,6 % : 1,9 %). Insgesamt erreichte die KPD in Schleswig-Holstein 6,0 %, die USPD hingegen nur 3,0 %. Kann man aus der Relation der KPD- und USPD-Stimmen zumindest Hinweise auch auf organisatorische Hochburgen der „Rest-USPD" gegenüber den *„Neukommunisten"*,[14] gewinnen, wird man umgekehrt berücksichtigen müssen, daß nach der Spaltung einige USPD-Anhänger zur SPD zurückgekehrt oder ganz von der politischen Bühne verschwunden sind.

Ein Blick auf die lokalen Hochburgen zeigt, wo man soziale und biographische Hinweise auf die Struktur der USPD und ihrer Anhänger suchen muß: die USPD erhielt bei den Reichstagswahlen 1921 in Wesselburen (Land) 25 % (SPD 16,6 %, KPD 0,7 %)
in Tönning 28 % (SPD 9,6 %, KPD 12,8 %)
in Pries (Krs. Eckernförde, heute Stadtteil von Kiel)
21,2 % (SPD 40,1 %, KPD 10,5 %)
in Wesselburen (Stadt) 18,5 % (SPD 10,6 %, KPD 9,7 %)
in Holtenau (Krs. Eckernförde, heute Stadtteil von Kiel)
16,7 % (SPD 36,6 %, KPD 3,7 %)
und in Lunden (Norder-Dithmarschen)
16,5 % (SPD 13,1 %, KPD 15,5 %)[15]

Die Stärke der USPD gerade in ländlichen Bereichen und dort v. a. im Norden und Westen des Landes, deutet darauf hin, daß die USPD offenbar keine Partei mehr war, die ihren Rückhalt im traditionellen Industrieproletariat hatte. Das belegen auch weitere drastische Beispiele von Reichstagswahlergebnissen aus stark industriell geprägten Städten und Gemeinden:

[12] Franz Osterroth, 100 Jahre Sozialdemokratie in Schleswig-Holstein. Ein geschichtlicher Überblick, Kiel o. J. (1963), S. 72 f.

[13] Die Reichstagswahl vom 6. 6. 1920 wurde in den Wahlkreisen, in denen nach dem Versailler Vertrag über die Zugehörigkeit zum Deutschen Reich abgestimmt werden mußte, im Laufe des Jahres 1921 nachgeholt. Bei den Wahlen 1920 war die USPD gegenüber 1919 von 7,6 auf 17,8% angewachsen. Für diese Zeit des politischen „Hochs" der USPD liegen also leider keine Zahlen aus Schleswig-Holstein vor.

[14] Der Begriff der „Neukommunisten" wurde von Sozialdemokraten und Unabhängigen für die Anhänger der Vereinigung der USPD mit der KPD gebraucht.

[15] Vgl.: Zusammenstellung der „Sozialistischen Stimmenanteile" bei den Reichstagswahlen bei Rainer Paetau, a. a. O., S. 544.

USPD 1921
in Büdelsdorf (Metallindustrie) 0,8 % (SPD 62,7 %, KPD 18,5 %)
in Lägerdorf (Zementindustrie) 1,7 % (SPD 40,7 %, KPD 39,5 %)
Neumünster 1,3 % (SPD 56,8 %, KPD 5,8 %)
Altona 0,3 % (SPD 45,1 %, KPD 11,9 %)
In Kiel lagen KPD und USPD jeweils bei 5,8 %, die SPD bei 42,0 %.[16]

Diese Zahlenbeispiele sind als Hinweis darauf zu verstehen, welchen Analyse- und Interpretationsbedarf die Geschichte der USPD in Schleswig-Holstein noch hat.

[16] Ebd., S. 546 f.

7. Wiedervereinigung – Der Weg zurück zur SPD

Nach der Spaltung der Partei wurde der politische Spielraum für die „Rest-USPD" immer kleiner – die Mehrheit der Mitglieder war zur KPD gegangen, viele andere hatten politisch resigniert. Innenpolitisch war die Arbeiterbewegung bereits in die Defensive geraten. Der „Kampf gegen Rechts" war mit einer dreigeteilten paralysierten Arbeiterklasse nicht zu gewinnen. Der Kapp-Lüttwitz-Putsch im März 1920 hatte diesen Sachverhalt deutlich werden lassen. Regina Rocca zeigt in ihrem Beitrag in diesem Band, wie sich politisch praktische Einheit im Handeln in der Abwehr des Putsches am Beispiel Kiel herstellte. Die hier gemachten Erfahrungen waren ein Schritt zur Wiederannäherung von USPD und MSPD. Die zunehmenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme (Inflation), der offene und verdeckte Kampf konservativ-reaktionärer Kräfte gegen die Republik (Mord an Außenminister Rathenau) und die

1922: Annäherung von SPD und USDP, die sich in einer Vielzahl gemeinsamer Aktionen ausdrückte (aus: „Republik", 30. 7. 1922)

Nie wieder Krieg!

Sonntag, d. 30. Juli, vorm. 10½ Uhr im Gewerkschaftshaus:

Große Kundgebung.

Vertreter der unterzeichneten Organisationen werden eintreten

Für den Frieden der Völker, für Freiheit u. Menschenglück, gegen Knechtschaft und Unterdrückung.

Arbeiter, Angestellte, Beamte, Frauen und Mädchen, Angehörige aller Stände! Zeigt, daß ihr bereit seid, einzutreten für eine bessere Zukunft unseres Volkes.

Erscheint in Massen und bringt Euren Willen zum Ausdruck!

Zur Deckung der Unkosten 1 Mk. Eintritt. — Saalöffnung 10 Uhr.

Deutsche Friedensgesellschaft, Ortsgruppe Kiel.
Sozialdemokratische Partei Groß-Kiel.
Unabhängige Sozialdemokratische Partei Groß-Kiel

Selbstisolierung der KPD durch ihre Politik des revolutionären Umsturzes („Putschtaktik") und der Gewerkschaftsopposition taten ein übriges, die Rückkehr der „rechten" Unabhängigen in die SPD zu beschleunigen. Im Sommer 1922 bahnte sich der organisatorische Zusammenschluß durch eine Vielzahl gemeinsamer politischer Aktionen an.

Der Bezirksparteitag der USPD am 23. 7. 1922 in Neumünster forderte unmißverständlich einheitliche Aktionen der *„sozialistischen und gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft"*[17]. Am 15. 10. 1922 schließlich beschloß der Bezirksparteitag der SPD Vereinbarungen mit der USPD, wie die Wiedervereinigung organisatorisch zu regeln sei. Im September war auf Reichsebene die Vereinigung beider Parteien beschlossen worden. Das Kapitel USPD war damit weitgehend abgeschlossen worden. Eine kleine Gruppe um Georg Ledebour verweigerte sich dem Zusammenschluß. Eine USPD gab es weiterhin. Sie wurde aber zu einer linken Splittergruppe, die zunehmend an Einfluß verlor (bei den Reichstagswahlen im Mai 1924 erhielt sie in Schleswig-Holstein 1,1 % der Stimmen, bei den Wahlen im Dezember 1924 nur noch 0,5 %).

Die in den Schoß der „Mutterpartei" zurückgekehrten Unabhängigen haben in den Folgejahren die Politik der Partei nicht nachhaltig beeinflussen können. Die meisten von ihnen gehörten zum linken Minderheitenflügel in der SPD, einige gingen später zur SAP.

In Schleswig-Holstein gehörten kurzfristig mit Max Güth, Wilhelm Schweizer, Fritz Hansen, Paul Dölz und Fritz Ringer fünf ehemalige Unabhängige zum Bezirksvorstand und Kontrollkommission der SPD. Eine nachhaltige politische Kurskorrektur der Partei vermochten sie nicht zu bewerkstelligen.[18]

8. Schlußbemerkungen

Die Wahlergebnisse der USPD in Schleswig-Holstein weisen aus, daß die Partei in unserem Land immer relativ schwach abschnitt. Übersprang die Partei im Reichsgebiet bei den Wahlen zur Nationalversammlung 1919 leicht die 7-%-Marke, reichte es in diesem Land nur zu 3,4 % der Stimmen.

Dabei fällt der krasse Unterschied zur MSPD auf:[19]

Wahlkreis	1919			
	MSPD	%	USPD	%
1. Hadersleben-Sonderburg	4304	35,7	1	0,0
2. Flensburg-Apenrade	24 646	41,7	329	0,6
3. Schleswig-Eckernförde	21 037	34,4	2174	3,5
4. Tondern-Husum-Eiderstedt	10 673	22,5	760	1,6
5. Dithmarschen-Steinburg	36 150	44,2	433	0,5
6. Pinneberg-Segeberg	in WK 8 enthalten			
7. Kiel-Rendsburg-Neumünster	104 46	50,1	11 396	5,4
8. Altona-Stormarn	124 666	?	11 113	?
9. Oldenburg-Plön	21 861	46,1	134	0,3
10. Hzgt. Lauenburg	11 631	41,6	816	2,9
Schleswig-Holstein	370 384	45,7	27 301	3,4

[17] Osterroth S. 75
[18] Vgl.: Paetau, S. 510 f.
[19] Aus: Ebd., S. 543

Zu keiner Zeit erreichte die USPD die Stärke der rechtssozialdemokratischen Konkurrenz. Ganz anders sah das in den „klassischen Zentren" der Arbeiterbewegung, der organisierten und politisch bewußten Industriearbeiterschaft aus. Folgende Zahlen verdeutlichen das:[20]

Vergleich der für SPD und USPD bei den Wahlen zur Nationalversammlung und zum ersten Reichstag abgegebenen gültigen Stimmen (USPD-Hochburgen)

Wahlkreis		1919			1920			
Nr.	Bezeichnung	SPD	USPD	Zus.	SPD	USPD	KPD	Zus.
		Stimmen in 1000						
2	Berlin	405	307	712	187	457	14	618
22	Düsseldorf-Ost	247	177	424	99	323	12	434
12	Thüringen	366	251	617	163	325	20	508
3	Potsdam II	318	138	456	147	252	11	410
4	Potsdam I	363	129	492	176	258	11	445
29	Leipzig	128	239	367	70	273	16	359
11	Merseburg	109	294	403	61	315	11	387
	Zusammen	1936	1535	3471	903	2199	95	3171

Anders als in den stark industrialisierten Teilen des Deutschen Reiches hatte es die USPD schwer, in Schleswig-Holstein Fuß zu fassen. Zuerst gelang es ihr in den Rüstungsbetrieben, v. a. in den Torpedowerkstätten in Kiel[21]. Das „Stammpersonal der Arbeiterklasse", die Arbeiter in Großbetrieben der Großstädte, war in Schleswig-Holstein dünn gesät, sicher eine Ursache für die strukturelle Schwäche der USPD in diesem Land. Hinzu kommen aber sicher auch andere Elemente. So waren viele prominente und verdiente Sozialdemokraten in der neuen Partei: Hugo Haase, Eduard Bernstein, Karl Kautsky u. v. m. wirkten mit ihrer Popularität für die USPD. In Schleswig-Holstein sind die bekannten Parteiführer fast ausnahmslos auf der Seite der MSPD zu finden. Je mehr der Charakter der USPD als „wahre Hüterin des sozialistischen Erbes" zurücktrat und aus ihr in den Jahren 1919 und 1920 eine radikale Protestpartei, ein linkes Sammelbecken wurde, hat sich die Bedeutung von sozialer Struktur und Biographie für die Stärke der USPD relativiert.

Es wäre wünschenswert, wenn die in diesem Beitrag kurz angerissenen Punkte einmal ausführlich untersucht und dargestellt würden.

[20] Aus: H. Krause, a. a. O., S. 174

[21] Vgl. Dirk Dähnhardt, Revolution in Kiel, Neumünster 1978, S. 43 ff.